

Abschiebung, Klimawandel, Facebook-Beiträge

Miguel Klauß ist seit einigen Wochen stellvertretender Fraktionsvorsitzender der AfD im baden-württembergischen Landtag. Seit 2021 vertritt er dort den Kreis Calw. Im Gespräch mit unserer Redaktion gab er Einblick in seine Ansichten – denen von Fachleuten teils deutlich widersprochen wird.

■ Von Ralf Klormann

KREIS CALW. Miguel Klauß (AfD) polarisiert. So viel steht fest. Seit rund zweieinhalb Jahren sitzt der gebürtige Nagolder für den Kreis Calw im baden-württembergischen Landtag, seit einigen Wochen ist Klauß dort zudem stellvertretender Fraktionsvorsitzender der AfD. Wir haben mit ihm gesprochen.

Facebook Hitzige Diskussionen gibt es insbesondere zu populistischen Beiträgen, die auf seinen Seiten in den sozialen Netzwerken im Internet geteilt werden. Ein Beispiel: In dieser Woche veröffentlichte er einen Beitrag mit der Beschreibung: „Aldi Nord wirbt mit realistischen Alltagsthemen. Heute im Prospekt, morgen in Ihrem Wald.“ Auf dem Prospekt sind eine weiße Frau und ein schwarzer Mann zu sehen, der hinter ihr geht. Die Interpretation bleibt dem Leser überlassen.

Ein Beitrag, der einerseits Beifall findet, andererseits massiv abgelehnt wird – teilweise scheinbar selbst von den eigenen „Anhängern“. „Werter Herr Klauß, bin überzeugter AfD-Wähler. Aber mit diesem Prospekt-Zettel von Aldi tun Sie sich keinen Gefallen. Ich bin entsetzt“, kommentiert beispielsweise eine Nutzerin. In einer Mail an unsere Redaktion schreibt eine Leserin von „Rassismus und Hetze pur. Dieser Mann ist einfach unerträglich und ich schäme mich, dass so jemand im Landtag von Baden-Württemberg sitzt“.

Im Gespräch mit unserer Redaktion erklärte Klauß unlängst, Social Media sei für die AfD extrem wichtig, um die Positionen der Partei an die Bevölkerung zu tragen, weil diese beispielsweise nicht zu politischen Talkshows eingeladen werde. Klauß selbst hat 30.000 Follower bei Facebook, bei TikTok sogar 140.000.

Wahlkreis Im Wahlkreis, so berichtet der Abgeordnete, sei er generell Ansprechpartner für alle Belange, mit denen Bürger sich an ihn wenden. Diese nehme er mit in den Landtag. Da er im Verkehrsaus-



„Selbst wenn die gesamte Welt klimaneutral wäre, wäre der Effekt auf den Klimawandel so gering, dass wir ihn trotzdem mit allen Facetten hätten“, meint der AfD-Abgeordnete Miguel Klauß. Foto: Klauß

schuss arbeite und verkehrspolitischer Sprecher seiner Fraktion sei, seien es häufig auch Verkehrsthemen.

Als wichtigste Verkehrsprojekte im Kreis nennt er indes die Hermann-Hesse-Bahn, den Metropolexpress von Nagold in Richtung Stuttgart und den Calwer Tunnel.

Perspektive Zu den seit einiger Zeit anhaltenden Umfragewerten meint Klauß, dass es sich hierbei nicht nur um einen Höhenflug der AfD handle, der aus der Unzufriedenheit mit dem Ampel resultiert. Sondern dass die Wähler bleiben. „Mittlerweile sind wir bei einer Marke von 20 Prozent und drü-

ber, so dass die Leute keine Hemmungen mehr haben, sich zur AfD zu bekennen“, argumentiert der Abgeordnete.

Klimawandel Klauß leugnet den Klimawandel nicht. Er ist jedoch überzeugt, dass die bislang angestoßenen Maßnahmen keinen Effekt haben; stattdessen, so der Fraktionsvize, wäre es besser, auf Kernkraft zu setzen. Dass jene „Parteien, die sagen, wir müssen mit allen Anstrengungen CO₂-Emissionen reduzieren“, diese Kraftwerke abschalten würden, sei „heuchlerisch“.

Allerdings, so meint Klauß auch, „selbst wenn die gesamte Welt klimaneutral wäre, wäre

der Effekt auf den Klimawandel so gering, dass wir ihn trotzdem mit allen Facetten hätten“.

Eine Ansicht, der unter anderem das Umweltbundesamt widerspricht. Der Kohlenstoff-Ausstoß des Menschen (rund acht Milliarden Tonnen pro Jahr) erscheine zwar im Vergleich mit dem natürlichen Kohlenstoffaustausch der Ozeane (rund 90 Milliarden Tonnen) und der Vegetation (rund 60 Milliarden Tonnen) gering. Ozean und Vegetation würden jedoch etwa genauso viel CO₂ wieder aufnehmen, wie sie abgeben. Der CO₂-Ausstoß des Menschen stelle dagegen eine zusätzliche Quelle dar, durch die der Kohlend-

oxid-Gehalt in der Atmosphäre kontinuierlich ansteige.

Migration In Sachen Migration spricht sich Klauß unter anderem für strikte Abschiebungen aus. Insbesondere, wenn sich etwa das Herkunftsland nicht feststellen lasse, gelte es – wie Dänemark oder England es mit Ruanda versuchen – einen afrikanischen Staat zu finden, der gegen Entgelt alle Flüchtlinge aufnehme, unabhängig der Herkunft. Und: „Natürlich muss auch nach Syrien abgeschoben werden, es ist schon seit Jahren kein Krieg mehr in Syrien“, sagt der Abgeordnete.

Tatsächlich plant die britische Regierung seit einiger Zeit, irreguläre Migranten nach Ruanda abzuschieben. Diese Pläne sind jedoch in diesem Sommer vor Gericht gescheitert. Die Begründung: Ruanda sei kein sicheres Drittland. Die Regierung dort wird von Bürgerrechtlern zudem immer wieder wegen Verstößen gegen die Menschenrechte kritisiert. Auch die Pläne von Dänemark, ein Asyl-Lager in Ruanda zu schaffen, liegen auf Eis.

Den Klimawandel sieht Klauß indes eher nicht als Fluchtursache. „Gerade der Äquator, dort, wo auch die ärmeren Länder sind, ist vom Klimawandel am geringsten betroffen, weil die Temperaturschwankungen dort am geringsten sind. Ich glaube eher, dass die Fluchtursachen andere sind: die bittere Armut“, argumentiert der Abgeordnete.

Unter anderem die Vereinten Nationen und die Welthungerhilfe sehen das anders. Steigende Meeresspiegel, die etwa in Vietnam Ackerflächen zerstören, oder zunehmende Dürren und andere Extremwetterereignisse südlich der Sahara werden beispielsweise von der Welthungerhilfe angeführt. Würden die Menschen so ihre Lebensgrundlage verlieren, halte sie nichts mehr in ihrer Region – sie werden Klimaflüchtlinge.

Dass die Armut in Afrika auch mit zweifelhaften Rohstoff-Geschäften zusammenhängt, welche wiederum den Wohlstand mindestens in Teilen der westlichen Welt ermög-

lichen, sieht Klauß nur bedingt so. Man müsse „in einen normalen Handel“ mit Afrika kommen „und dort für Wohlstand und Arbeit sorgen. Auch über Bildung“. Entwicklungshilfe solle von Geld auf Infrastruktur und Handel umgestellt werden, damit die Finanzmittel nicht in den Taschen von Diktatoren versickern.

Rohstoff-Geschäfte zu beenden hält der Abgeordnete dagegen für den falschen Weg. Beispielsweise Nigeria sei komplett vom Ölhandel abhängig; dort würde das Land zusammenbrechen, würde dieser Handel eingestellt, sagt er.

Die Bundeszentrale für politische Bildung schreibt zu diesem Thema: „Aus der Sicht eines Staates, der vom Ölexport lebt, ist die Bevölkerung überflüssig“ – weil viele Bodenschätze mit relativ geringem Aufwand und wenig Personal gefördert und teuer verkauft werden kann. Wer dafür nicht gebraucht wird, sei gewissermaßen der Gnade oder Ungnade des Staates ausgeliefert. Um das zu ändern, braucht es politische Umstände, die den Zugriff des Staates auf diese Schätze regulieren und zum Wohl der Bevölkerung steuern. Viele betroffene Staaten sind jedoch Diktaturen.

Sie erreichen den Autor unter **ralf.klormann** @schwarzwaelder-bote.de

■ Mehr im Internet

- **Das komplette Interview** finden Sie im Internet unter www.schwarzwaelder-bote.de.
- **Gut zu wissen:** Wer ein Vollabo der gedruckten Zeitung hat, hat seit Oktober automatisch auch Zugriff auf alle Inhalte hinter der Bezahlschranke auf unserer Homepage (SB+). Dazu ist lediglich eine Registrierung unter der Internetadresse www.schwabo.de/webabo mit der eigenen E-Mailadresse und einem selbst gewählten Passwort erforderlich. Für die Registrierung wird zudem die Kundennummer benötigt, die auf Auftragsbestätigung, Rechnung oder Kontoauszug zu finden ist.

Nordschwarzwald wappnet sich gegen Starkregen

24 Städte und Gemeinden tun sich zusammen, um an Ideen zum Schutz vor den Wassermassen zu arbeiten. Das Projekt wird vom Land gefördert.

NORDSCHWARZWALD. In einem beispielhaften Großprojekt haben sich 24 Städte und Gemeinden im Regierungspräsidium Karlsruhe in den Landkreisen Calw, Enzkreis und Freudenstadt zusammengetan, um sich für kommende Starkregenereignisse zu wappnen. Das teilte Staatssekretär Thomas Blenke (CDU) mit.

„Es freut mich ganz besonders, dass die Stadt Wildberg diesen kommunalen Verbund mit Unterstützung des Regionalverbands Nordschwarzwald koordiniert“, sagte der CDU-Abgeordnete für den Landkreis Calw.

Anders als Hochwasser an

großen Flüssen sind Starkregen und damit einhergehende Sturzfluten kaum vorhersagbar. „Auch deshalb bedeuten sie eine Gefahr für die Bevölkerung und können zu hohen Schäden führen, wofür die Flutkatastrophe an der Ahr 2021 nur ein Beispiel ist“, so Blenke. Durch den Klimawandel werden solche Wetterereignisse weiter zunehmen. Umso wichtiger sei es, ein effektives Konzept zu erarbeiten, um auf den Ernstfall bestmöglich vorbereitet zu sein. Unterstützung bietet der Leitfaden zum kommunalen Starkregenrisikomanagement in Baden-Württemberg, der zeigt, wie Fließwege

und Risikobereiche ermittelt werden.

An Kommunen anpassen

Als Ergebnis einer europaweiten Ausschreibung soll das Projekt an einen Zusammenschluss dreier zertifizierter Ingenieur- und Planungsbüros vergeben werden. Das Land Baden-Württemberg fördert das Großprojekt mit mehr als 1,1 Millionen Euro.

Ziel ist die Erstellung von kommunalen Starkregenrisikomanagementkonzepten nach dem Leitfaden des Landes Baden-Württemberg. Hierbei werden nach Angaben des baden-württembergischen Um-

weltministeriums alle drei erforderlichen Bausteine – Gefährdungsanalyse, Risikoanalyse und Handlungskonzept – bearbeitet. Die Datenaufbereitung und Modellierung erfolgt gemeindeübergreifend. Die daraus abgeleiteten Vorschläge werden an die jeweilige Situation in den einzelnen Städten und Gemeinden angepasst. Durch die interkommunale Zusammenarbeit verringern sich die Kosten und der personelle Aufwand der beteiligten Kommunen.

Die Laufzeit des Projekts beträgt drei Jahre, die Umsetzung ist bis 2026 geplant. Ein Projektbegleitkreis stellt den



Starkregen ist ein zunehmendes Problem. Foto: © Bianca - stock.adobe.com

transparenten Informationsfluss sicher. Das Bearbeitungsgebiet umfasst 1043 Quadratkilometer. Außer Wildberg sind im Kreis Calw die Gemeinden

Dobel, Ebhausen, Egenhausen, Höfen an der Enz, Oberreichenbach, Simmersfeld, Simmozheim sowie die Große Kreisstadt Calw beteiligt.